

Auf der Suche nach einem zutreffenden Bild der Schweiz : Beobachtungen und Überlegungen eines deutschen Korrespondenten

Autor(en): **Wyenbergh, Wolfram van den**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wolfram van den Wyenbergh

Auf der Suche nach einem zutreffenden Bild der Schweiz

Beobachtungen und Überlegungen eines deutschen
Korrespondenten

«Mindestens sieben Jahre werden Sie brauchen, um unser Land und seine Menschen kennen und verstehen zu lernen.» Der Schreiber dieser Zeilen, der eben in Zürich angekommen war, um seinen Posten als erster Korrespondent der *«Frankfurter Allgemeinen Zeitung»* in der Schweiz anzutreten, wollte nicht glauben, was ihm da einer seiner ersten einheimischen Gesprächspartner mit auf den Weg gab. Er hatte vorher über das politische und wirtschaftliche Geschehen in ganz Norddeutschland zu berichten gehabt: konnte er es sich da nicht zutrauen, sich auch in den vermeintlich überschaubaren Verhältnissen eines Kleinstaates leicht zurechtzufinden?

Seitdem sind fast drei Jahrzehnte vergangen. Die frühe Warnung hat sich als berechtigt erwiesen. Es gibt immer noch weisse Flecken auf der Schweizer Landkarte des deutschen Beobachters. Er glaubt zwar, inzwischen mehr von diesem Land zu wissen als viele Eidgenossen. Doch auch heute noch fragt er sich manchmal, ob seine Deutung bestimmter Wesenszüge und Erscheinungen, Vorgänge und Entwicklungen, die er im helvetischen Alltag registriert, wirklich richtig sei. Er tröstet sich damit, dass offensichtlich auch viele zu einem Urteil durchaus kompetente Schweizer Schwierigkeiten damit haben. Das zeigt sich nicht nur in der täglichen politischen Auseinandersetzung. In kaum einem anderen Land — so will es ihm scheinen — macht man sich soviel Gedanken über Identität und Selbstverständnis, über Eigenart und Einheit des eigenen Staatswesens wie in der Schweiz — und kommt dabei zu manchmal recht unterschiedlichen Schlüssen.

So selbstgewiss, stolz und hochgemut, wie es gelegentlich in patriotischem Überschwang bei Schützen-, Schwinger- oder Trachtenfesten tönt, sind offenkundig nicht alle Eidgenossen. Am 1. August, der — des Bemerkens wert — in vielen Kantonen nicht nur Feier-, sondern auch Arbeitstag ist, am Betttag oder bei geschichtlichen Gedenkanklässen — etwa in diesem Jahr beim Erinnern an die Landesausstellung und die Mobilmachung von 1939 — werden auch kritische Überlegungen angestellt. Nachdenklichkeit, ja sogar eine beträchtliche Portion Unsicherheit spricht aus Buchtiteln wie *«Helvetisches Malaise»*, *«Schwierige Schweiz»*, *«Unbehagen im Kleinstaat»*,

«*Schlaf des Gerechten*». Gelegenheit und Grund zum Fragen nach Stellung und Rolle der Schweiz in der Welt von morgen, nach der auch künftigen Tragfähigkeit ihrer Mythen und Traditionen werden sich erst recht bei der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft 1991 und angesichts der zunehmenden Verfestigung der Europäischen Gemeinschaft bieten.

Selbst- und Fremdkritik

Das alles zeigt, in welcher beachtlicher Weise Bereitschaft und Fähigkeit der Schweizer zur Selbstkritik ausgebildet sind. Schwerer tun sich dagegen viele auch hochrangige Eidgenossen, wenn ihrem Land und seinen Bewohnern von draussen ein Spiegel vorgehalten wird. Sie halten es, scheint's, mit Mark Twain: «*Wir lieben Menschen, die frisch heraus sagen, was sie denken, vorausgesetzt, sie denken dasselbe wie wir.*» Mehr als einmal bekam der Korrespondent zu hören: «*Es stimmt ja alles, was Sie da geschrieben haben. Aber wir lassen uns das nicht gern von einem Ausländer sagen.*» Dabei scheinen die Schweizer mehr als andere Völker, die Deutschen vielleicht ausgenommen, besonders darauf erpicht zu wissen, was andere über sie denken. Bei staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen, in den Medien, ja sogar von Parlaments- und Regierungsmitgliedern wird immer wieder die Frage nach dem Bild der Schweiz im Ausland aufs Tapet gebracht. Wie jedermann wollen auch die Schweizer eine möglichst gute Figur machen, sich in ihrer Eigenart, in ihrem Selbstbewusstsein, in ihrer Rolle als Sonderfall bestätigt und verstanden fühlen. Sie reagieren enttäuscht oder trotzig, wenn das Bild, das andere sich von ihnen machen, nicht den eigenen Erwartungen und Vorstellungen entspricht. Sie wollen jenseits ihrer Grenzen nicht bloss zur Kenntnis genommen werden, wenn über Polit-, Finanz- oder Umweltskandale, über Schwachstellen oder irgendwelche Absonderlichkeiten im helvetischen Mikrokosmos zu berichten ist.

Erst recht behagt es vielen nicht, wenn dazu im Ausland als Kronzeugen dann auch noch Leute wie Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch oder gar Roman Brodmann, Niklaus Meienberg, Hans A. Pestalozzi und Jean Ziegler zu Wort gebeten werden. So mancher Schweizer Politiker und Medienschaffende findet es durchaus in Ordnung, wenn er in der Manier des Schulmeisters sich kritisch zu Vorgängen und Entwicklungen in anderen Ländern, auch und besonders in der deutschen Nachbarschaft, äussert. Dagegen gibt es nicht wenige, die ausländische Kritiker der Schweiz allzu pauschal als inkompetent, einseitig oder böswillig denunzieren, ihnen einen Maulkorb umhängen oder den Zugang zu Informationen verbauen möchten. Umgekehrt kann selbst mit aufwendigen, gezielten Public-Relations-Aktionen die Anfang der siebziger Jahre ins Leben gerufene «Koordina-

tionskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland» kaum das Bild des Landes aufhellen und verschönern, wenn es sich nicht mit dem deckt, das sich Besucher und erst recht schon länger hier sich aufhaltende Journalisten, Diplomaten, Geschäftsleute und Arbeitnehmer aus dem Ausland aufgrund eigener Beobachtungen und Erlebnisse von ihm machen. Das aber ist ein zum Teil recht widersprüchliches Bild mit Licht und Schatten, in hellen wie dunkleren Tönen, das die Schweizer mit ihrer Lebens- und Denkweise, mit ihrem Tun und Lassen vornehmlich selbst prägen.

Publizität – ein Fremdwort

Als der Korrespondent der *F.A.Z.* Anfang 1960 mit ersten Antrittsbesuchen seine Arbeit aufnehmen wollte, fühlte er sich keineswegs überall mit offenen Armen aufgenommen. Der damals für die Medienkontakte der Bundesverwaltung zuständige Bundeskanzler Oser beschied ihn zum Beispiel schroff: «*Wir haben noch nie einen Auslandskorrespondenten im Bundeshaus akkreditiert. Wenn Sie wissen wollen, was da drinnen vorgeht, kaufen Sie sich einen Bundeshausjournalisten.*» Die Vereinigung der Bundeshauskorrespondenten jedoch sperrte sich damals noch gegen die Gleichbehandlung von (auch schweizerischen) Journalisten, die nicht Mitglieder ihres exklusiven Clubs waren, durch die Bundesbehörden. So wurde etwa dem deutschen Neuankömmling die Teilnahme an einer Pressekonferenz über ein eben zwischen Bern und Bonn abgeschlossenes Wiedergutmachungsabkommen verwehrt. Er erhielt die Informationen darüber dann von den Pressesprechern des Politischen Departements und der Deutschen Botschaft.

Mehr oder weniger höflich wurde er auch aus den Chefetagen etlicher schweizerischer Unternehmen hinauskomplimentiert. Publizität war für viele von ihnen zu jener Zeit noch ein Fremdwort, selbst gegenüber den eigenen Aktionären. Sogar Konzerne, die mehr als 90 Prozent ihres Umsatzes im Ausland machen, verweigerten lange ausländischen Berichtserstatlern den Zutritt zu ihren Pressekonferenzen und Generalversammlungen. Es dauerte noch etliche Jahre, bis sie sich überall im Lande als «hoffähig» anerkannt fühlen konnten. Um so dankbarer erinnert sich der Schreibende an jene Kollegen aus den Bundesstadt- und den Zentralredaktionen schweizerischer Zeitungen, die ihm damals dennoch mit dem Öffnen von Türen, mit der Anbahnung von Kontakten und der Weitergabe eigenen Wissens selbstlos das Fussfassen und Zurechtfinden in seinem neuen Arbeitsgebiet, in eben dieser nicht bloss für ihn «schwierigen Schweiz» erleichtert haben.

Bald hat er gemerkt, dass ihr allein mit den gängigen Klischee- und Idealbildern, welche auch die eigene Landeswerbung mit Vorliebe verbreitet, mit Legenden und griffigen Schlagworten, mit Vorurteilen und Kurzschlüssen nicht beizukommen ist. Sie mögen im Einzelnen zwar nicht falsch sein, aber sie treffen oft nur einen Teil der Wirklichkeit; oder sie lassen ausser Acht, dass jede Medaille auch eine Kehrseite hat. Die Schweiz ist nicht nur das Bilderbuch im Heimatstil mit blitzsauberen Dörfern und Städten und einer herrlichen, vielgestaltigen Landschaft, die vornehmlich mit Folklore treibenden Hirten und Sennen bevölkert ist. Sie ist auch nicht nur «das heimliche Imperium» einer bedeutenden Finanz-, Handels- und Industriemacht, dem dank Fleiss, Tüchtigkeit, hoher Arbeitsmoral und Sparsamkeit seiner Bewohner für alle Zeiten Wohlstand wie politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität garantiert scheinen. Weltoffenheit wird mit Scheuklappen getragen. Wer für Zeiten politischer Unsicherheit oder seines Ruhestandes von einem Refugium und einem vom Bankgeheimnis geschützten Konto bei den «Gnomen von Zürich» träumt, kann auch an unseriöse Partner geraten und einen Reinfall erleben. Und er wird feststellen, dass es als Gegenstück zur deutschen Ellenbogen-Gesellschaft in Zürich ein Packeis-Syndrom gibt und im Zusammenhang damit hier wie dort besorgniserregende Phänomene in der Jugend- und der Drogenszene. Jetzt ist es sogar möglich geworden, den scheinbar zum Schweizer Selbstverständnis gehörenden Glaubenssatz in Frage zu stellen, der da lautet: *«Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee.»*

Zwar leben auf beiden Seiten des Hoch- und Oberrheins Alemannen. Aber in die Irre geht, wer die Schweiz für den Blinddarm von Baden-Württemberg halten sollte. Auch der Korrespondent ist sich dessen erst allmählich bewusst geworden, dass man beim Überschreiten der Grenze in Basel oder Konstanz wirklich in ein anderes Land, ins Ausland kommt. Heinrich Böll hat das vor etwa 25 Jahren in einem Nachruf auf einen Basler Freund treffend in die Worte gefasst: *«Dieses Basel liegt so unheimlich nahe an Deutschland, dass es — mir erschien es jedenfalls immer so — die am weitesten von Deutschland entfernte Stadt der Schweiz ist. Vom Badischen Bahnhof bis zum Schweizer Bahnhof, diese wenigen hundert Meter, das ist eine bange Unendlichkeit — es ist wirklich eine Grenze; ungefähr 500 Jahre lang fast die gleiche Sprache zu sprechen und nie die gleiche Geschichte zu haben . . .»* Wobei das «fast» ebenfalls seine Bedeutung hat. Denn wenn Schweizer und Deutsche das Gleiche sagen, meinen sie — das haben unter anderen vor allem Peter Bichsel und Urs Jäggi mehrfach herausgestrichen — keineswegs immer das Gleiche. Schon für Luther ging es nicht nur um die Theologie, als er 1529 bei der Marburger Disputation mit Zwingli feststellte: *«Ihr habt einen anderen Geist als wir»*. Aus diesem anderen Geist heraus, aus dem gewollten Anderssein in Lebens- und Denkweise heraus,

die — unter anderem — mit dem Gebrauch der Mundart kultiviert wird und sich auf ein dem Deutschen beneidenswert scheinendes weitgehend ungebrochenes Geschichtsbewusstsein stützt, ist auch ein politisch-gesellschaftliches System eigenen Stils entstanden.

Alles ist anders

Dem ausländischen Beobachter fällt es zunächst nicht leicht, sein Funktionieren zu durchschauen. Im Gegensatz zu anderen westlichen Demokratien gibt es hier keine formelle Koalition der an der Exekutivgewalt in Bund, Kantonen und Gemeinden beteiligten Parteien. Es gibt keine institutionalisierte Opposition, kein Misstrauensvotum, keinen Macht- oder Regierungswechsel nach Wahlen, nicht einmal ein eigentliches Regierungsprogramm; man hält sich allenfalls an relativ unverbindliche Richtlinien. Mehrheiten bilden sich von Fall zu Fall, oft quer durch die Fraktionen hindurch, je nach der Sachfrage, über die zu entscheiden ist. Der Souverän hat in der Volksabstimmung, bei der Landsgemeinde oder in der Gemeindeversammlung das letzte Wort. Seine Reaktionen sind nicht immer berechenbar. Der Geldbeutel scheint der empfindlichste Körperteil vieler Bürger zu sein. Überdurchschnittlich zahlreich kommen sie an die Urnen, wenn eine ihnen «ans Lebendige» gehende Entscheidung ansteht. Manchmal aber resignieren sie auch: «*Die da oben machen ja doch, was sie wollen*», oder sie geben «denen» mit ihrer Stimme einen Denktzettel, etwa indem sie den Parolen einer Protestbewegung folgen. Dennoch ist es erstaunlich, in welcher relativ engen Grenzen Empörung oder Aufbegehren bleiben, wenn Inhaber öffentlicher Ämter im Stile einstiger «Gnädiger Herren» mit den Bürgern und ihren Steuergeldern umgehen und ein gebrochenes Verhältnis zum Recht oder zur politischen Moral an den Tag legen. Der peinliche Abgang der Bundesrätin Elisabeth Kopp von der politischen Bühne war ein Ereignis mit Ausnahmecharakter.

Bemühen um Konsens

Stärker als die Lust zur Konfrontation und als die in den letzten Jahren deutlicher gewordenen Polarisierungstendenzen scheint immer noch das Bemühen um Konkordanz und Konsens. In diesem Land, in dem jeder Bürger sich wegen seiner Zugehörigkeit zu so vielerlei Sprach- und Religionsgemeinschaften oder Berufs- und Gesellschaftsgruppen mal zur Mehrheit, mal zur Minderheit rechnen kann oder muss, ist der Interessenausgleich, der berühmte helvetische Kompromiss, zur hohen Kunst entwikk-

kelt worden. Das geht dann oft nach dem Motto: «*Gibst du mir die Wurst, löscht'ich dir den Durst.*» Dass solche Verfahrensweisen den Beigeschmack von Lobby, Filz und Klüngel haben können, wird hier im Gegensatz zu anderen Ländern weithin nicht als anstössig empfunden, sondern als Preis für ein trotz mancher Spannungen einigermaßen konfliktfreies Miteinander und für den inneren Frieden.

Dem dient es auch, dass die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen schon im vorparlamentarischen Vernehmlassungsverfahren am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess und nachher oft auch an der Ausführung von Beschlüssen und ihrer Überwachung beteiligt werden. Vieles wird sogar zwischen den direkt Betroffenen, etwa auf der Ebene der Kantone oder der Verbände, an die Hand genommen und geregelt, ohne den Gesetzgeber zu bemühen. Das spielt in der Form von Konkordaten und Konventionen etwa im Schul- und Polizeiwesen sowie in anderen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Als international beispielhaft gelten die Absprachen der Sozialpartner, die sich hierzulande wirklich als Partner anerkennen, mit der nun schon mehr als fünf Jahrzehnte wirksamen Verankerung der Friedenspflicht. Hierher gehört wohl auch ein Hinweis auf die erstaunlich grosse Zahl von Hilfswerken, die auf eine ebenso erstaunliche Spendenbereitschaft der Bürger zählen und der öffentlichen Wohlfahrt die Betreuung von durch Not, Krankheit oder Unglücke betroffenen Mitmenschen zu einem guten Teil abnehmen können.

Dafür, dass das möglich ist, bieten sich mancherlei Erklärungen an: zum Beispiel die Tatsache, dass in der Schweiz überschaubare Verhältnisse herrschen. Da kennt fast jeder jeden von der Schule, vom Vereins- oder Berufsleben oder vom Dienst in der Milizarmee her. Im System des von unten nach oben gewachsenen Föderalismus ist das Prinzip der Subsidiarität noch lebendig. Das heisst: die nächsthöhere Instanz wird erst bemüht, wenn die eigenen Kräfte zur Bewältigung einer bestimmten Aufgabe nicht mehr ausreichen oder wenn auch die Interessen eines grösseren Ganzen mit im Spiel sind. Eine andere Voraussetzung ist offensichtlich, dass man hierzulande weithin ein pragmatisches, ideologisch unverkrampftes Handeln einem ordnungspolitischen Dogmatismus und Rigorismus vorzieht und dass die massgeblichen Akteure sich gegenseitige Fairness zutrauen. Für sie ist der scheinbar altväterische Grundsatz von Treu und Glauben noch nicht zur leeren Floskel verkommen. Sie bemühen sich zumindest, sich daran zu halten, dass man den Partner weder überfordern noch ihm versagen soll, was einem selbst an Zugeständnissen wirklich möglich ist.

Diesem System ist jedoch auch eine gewisse Schwerfälligkeit eigen. Bäuerliche Denkweise und das Verhaftetsein in genossenschaftlichen Traditionen scheinen da mitzuspielen. Eine immer noch breite Mehrheit gibt

offensichtlich der Wahrung des Bestehenden und Erreichten den Vorzug vor Veränderungen, Neuerungen und Experimenten. Solche müssen, wie so manche Volksabstimmung zeigt, erst einmal nüchtern abgewogen und — wie es so schön heisst — erdauert werden. Für eine Politik aus einem Guss, die Gesamtkonzeptionen, grosse Würfe oder gar Visionen verwirklichen will, ist da kaum Raum. Sogar Bundesrat Villiger erklärte Anfang dieses Jahres bei seinem Amtsantritt, Visionen seien weder gefragt noch nötig. Es genüge, das Haus in Ordnung zu halten. Schon vor Jahren äusserte sich der sozialdemokratische Vollblutpolitiker Walther Bringolf in einem Gespräch ähnlich: *«Sind wir denn mit unserer Politik des scheinbaren Durchwurstelns nicht gut gefahren? Es genügt doch, eine Aufgabe anzugehen, wenn die Zeit dafür reif und eine öffentliche Reizschwelle erreicht ist.»* Der Rückblick zeigt, dass sich im Lauf der Jahrzehnte auch in Helvetien dennoch einiges bewegt hat.

Widersprüchliches

Dabei ist dem Beobachter von draussen unter anderem aufgefallen, wie widersprüchlich viele Schweizer agieren und argumentieren, wenn es um ihre Einstellung zum Staat sowie um die Wechselbeziehungen oder -wirkungen zwischen Macht und Verantwortung oder Freiheit und Ordnung geht. Da werden zum Beispiel die so oft beschworenen Grundsätze der Handels- und Gewerbefreiheit, der Marktwirtschaft oder des Eigentumsrechts sehr unterschiedlich ausgelegt und gehandhabt. Der Staat soll sich zwar, vom Setzen möglichst günstiger und liberaler Rahmenbedingungen abgesehen, aus der Wirtschaft heraushalten. Aber das hindert etliche Unternehmer nicht, nach seiner Hilfe zu rufen, wenn sie der Konjunktur oder der Konkurrenz und vielleicht auch noch eigener Fehler wegen in Bedrängnis geraten. Es wird sogar mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit gerechtfertigt, dass die Schweizer Wirtschaft mit einem unheimlich dichten Netz von Kartellen überzogen worden ist, die den unternehmerischen Handlungsspielraum wie den Wettbewerb beschränken und zudem vielfach die Preise künstlich hochhalten. Dagegen haben die Parlamente und der Souverän sichtlich Hemmungen, griffige Gesetze zu erlassen, mit denen dem ja nicht so seltenen Missbrauch wirtschaftlicher Macht oder der Eigentumsfreiheit ein Riegel geschoben oder der Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Mietern dagegen verstärkt werden könnte.

Zum Etikett der Schweiz als *«Hort der Freiheit»* will es, so meint der Beobachter, auch nicht so recht passen, auf welcher mannigfachen Weise der Freiraum des einzelnen Bürgers durch den Zwang zur Einordnung und durch eine zunehmende Regelungsdichte, auch im vorstaatlichen Bereich,

eingengt ist. Für fast jede Lebensregung gibt es eine Vorschrift. Auffallend ist zum Beispiel die Vielzahl von Verbotsschildern in den Städten wie in der freien Natur, die mit staatlicher Bussandrohung das Betreten, Begehen und Befahren privater Grundstücke untersagen. Beim Einzug in seine erste Wohnung erhielt der Korrespondent aus Deutschland mit einem Willkommensgruss von der Gemeindeverwaltung auch gleich die Polizeiverordnung und vom Vermieter die Hausordnung zugeschickt. Die Einwohnerkontrolle wollte zudem seinen Pass einbehalten — um zu verhindern, dass er eines Tages ausziehe, ohne seine Steuern bezahlt zu haben. Darüber, dass jeder sich an Konventionen und Spielregeln hält, wacht schliesslich noch die «soziale Kontrolle» durch die lieben Nachbarn. Beim Zoll, beim Steueramt und bei der Fremdenpolizei wussten die zuständigen Beamten schon bald von dem Neuzuzüger Dinge, nach denen sie ihn selbst nie gefragt hatten. Er hat aber auch die Erfahrung gemacht, dass die Nachbarn gern zur Stelle sind, wenn jemand in den Wechselfällen des Lebens Anteilnahme und Hilfe braucht.

Das Anderssein

In der Völkergemeinschaft will die Schweiz als Sonderfall anerkannt werden, anders als die anderen sein. Im 19. Jahrhundert hat sie es gewagt und war stolz darauf, Liberale, Sozialisten und andere Verfechter revolutionärer Gedanken aus ganz Europa aufzunehmen und selbst, rings von Monarchien umgeben, den ersten liberalen und republikanischen Bundesstaat auf dem Kontinent zu schaffen. Wer aber heute im Lande selbst anders als die anderen sein oder denken will, hat es keineswegs immer leicht. Dabei gestehen auch bürgerlich-konservative Politiker zu, dass die Schweiz immer wieder mal ein paar Querdenker oder Hechte im Karpfenteich brauche, wenn sie nicht verkrusten oder steril werden wolle. Für Nonkonformisten und Neuerer, für kritische und unruhige Geister ist Helvetien ein steiniger Boden. Solange sie sich an das «Mass des Landesüblichen» halten, gesteht man ihnen vielleicht noch Narrenfreiheit zu. Wer jedoch eine bestimmte Toleranzschwelle überschreitet, wird mit den Prädikaten «unschweizerisch» oder «Nestbeschmutzer» disqualifiziert. Pfarrer und Lehrer, die es zu arg treiben, kann man sogar aus dem Verkehr ziehen, indem man sie abwählt. Eine Erklärung für all das findet sich in einem Aufsatz, den der Basler Historiker Herbert Lüthy 1965 unter dem Titel «*Vom Geist und Ungeist des Föderalismus*» für das Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft geschrieben hat. Dort heisst es: «*Es ist keine Tradition der individuellen Freiheit und des individualistischen Rechtsstaates, sondern der Kollektivfreiheit der genossenschaftlichen oder der Stammesgemein-*

schaft, in welcher der einzelne unentrinnbar an Überlieferung, Sitte und Väterglauben gebunden ist, die Einzelgänger nicht duldet und keine Toleranz für fremden Geist und fremde Sitte kennt, und es ist auch keine Tradition universeller Freiheit und Gleichheit, sondern des erkämpften Sonderrechts der geschlossenen Gemeinschaft, die ihre Rechte nicht mit Aussenstehenden teilt und durchaus andere unterwerfen und beherrschen kann.»

Deutschland – über keinen Verdacht erhaben

Da liegt wohl auch der Schlüssel zum Verstehen der Art, in der die Schweiz und ihre Bewohner vielfach Ausländern begegnen und mit ihnen umgehen, zum Verstehen der Bedrohungs-, Berührungs- und Überfremdungsängste, die – gewissermassen in Wellenbewegungen – hier immer wieder durchgebrochen sind. Da fällt der Abwehrreflex des Äplers gegenüber jedem Fremden, selbst wenn er nur im nächsten Tal hinter dem Berg wohnt, zusammen mit der Furcht des Kleinstaates vor der Bedrohung durch mächtigere Nachbarn. Diese hat sich im Laufe der Geschichte ja mehr als einmal als begründet erwiesen, ist aber heutzutage merkwürdigerweise bei vielen Schweizern fast nur und immer noch gegenüber Deutschland und den Deutschen spürbar. Aus ihrer eigenen Geschichte heraus, die ja mit der Trennung vom Heiligen Römischen Reich eigentlich erst richtig begonnen hat, ist wohl ein besonderes Abgrenzungsbedürfnis der Schweizer gegenüber den Deutschen zu erklären. Das hat jedoch nicht verhindert, dass das Pendel immer wieder auch nach der anderen Seite ausgeschlagen hat und dass damit das Gefühl der ebenfalls aus der Geschichte erwachsenen Gemeinsamkeit politischer und wirtschaftlicher Interessen wie geistig-kultureller und menschlicher Bindungen und Wertvorstellungen stärker in den Vordergrund gerückt ist. Zwar haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihren Bürgern weitgehend entkrampft und normalisiert. Bei offiziellen Begegnungen ist von enger, problemloser, freund-nachbarlicher Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Geistesleben – wie in den Zeiten vor 1933 – die Rede. Dennoch bekommt der deutsche Beobachter der Schweizer Szene hin und wieder – allerdings weit seltener als noch in den sechziger Jahren – an empfindlichen oder auch gehässigen Reaktionen einzelner Eidgenossen und bestimmter Medien auf ungeschicktes oder unbedachtes Auftreten von Deutschen zu spüren, dass das Trauma der Hitler-Zeit noch nicht vollends überwunden ist. Das äussert sich auch in gelegentlich laut werdenden Zweifeln an der Festigkeit der rechtsstaatlich-demokratischen Fundamente der Bundesrepublik und ihrer Verankerung im westlichen Bündnis sowie in Befürchtungen, die

Deutschen könnten vielleicht doch eines Tages in ihre braune Vergangenheit oder in eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West zurückfallen.

Abkapselung und Öffnung

Hin und wieder haben die Schweizer Mühe, es dem Ausland verständlich zu machen, warum sie immer wieder zwischen einer Politik der Abkapselung und einer Politik der Öffnung nach draussen hin- und herschwanken. Es ist wohl damit zu erklären, dass sie als eine «Willensnation» Freiheit, Unabhängigkeit, inneren Zusammenhalt und Eigenart ihres Staatswesens ständig und stärker bedroht sehen als andere Völker, dass sie zugleich jedoch ihrer Lage wegen in besonderer Weise auf den Austausch mit der Umwelt angewiesen sind. So steht denn auch der Überfremdungsangst eine beträchtliche Integrationskraft gegenüber, deren sich die Schweizer selbst nicht immer bewusst zu sein scheinen. Sie sind mit den politischen, Religions- und Wirtschaftsflüchtlingen sowie den «Gast»-Arbeitern, die im Lauf von vier Jahrhunderten in ihr Land kamen oder geholt wurden, nicht immer menschenfreundlich umgegangen. Viele wurden ab- oder weitergeschoben und damit zum Teil ins Verderben geschickt. Nicht wenige Schweizer haben deswegen — Stichwort «Das Boot ist voll» — noch heute ein schlechtes Gewissen. Wer sich einbürgern lassen will, muss sich einem oft nicht gerade würdigen Verfahren unterziehen und den «Schweizermachern» nachweisen, dass er sich nicht nur mit dem, was er ja auch selbst einbringen kann, integriert, sondern assimiliert und demnach seine alte mit einer neuen Identität vertauscht hat. Schweizer würden sich das als mit ihren Vorstellungen von Bürgerstolz und Zivilcourage unvereinbar kaum zumuten lassen.

Dabei haben nicht wenige solcher Einwanderer Beträchtliches zum Entstehen und Ausbau wichtiger Industriezweige, des Bankgewerbes, des Bildungswesens und der Arbeiterbewegung der Schweiz beigetragen. Auch daran erweisen sich Austausch und Verflechtung mit dem Ausland für die Schweiz eher als Befruchtung denn als Bedrohung. Kritisch für ihre Reputation draussen wird es allerdings, wenn dabei mit zweierlei Mass gemessen wird. Es passt schlecht zusammen, dass Schweizer Engagements im Ausland als Ausfluss von Pioniergeist und dynamischer Tüchtigkeit gelten, dass aber Ausländer nur beschränkt Gegenrecht erhalten, wenn sie in der Schweiz arbeiten, Immobilien erwerben oder sich an hiesigen Unternehmen beteiligen wollen. Besonders peinlich wirkt es, dass auch Schweizer Bankiers und Advokaten allen Sicherungen dagegen zum Trotz Beihilfe leisten, wenn dubiose Politiker und Geschäftsleute aus anderen Ländern für sich und ihr Geld im Alpenreduit einen sicheren Hort suchen, und sich dann rechtfertigen: «*Wenn wir's nicht tun, machen andere das Geschäft.*»

Veränderte Umstände

Alle Welt beneidet die Schweiz darum, dass sie dank ihrer Neutralität und der darauf fussenden Politik seit fast 200 Jahren von Kriegen verschont geblieben ist. Sie konnte gewissermassen Urlaub von der Weltgeschichte nehmen, sich allerdings nicht vollends aus zum Teil anfechtbaren politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verstrickungen heraushalten. Aber allen Mängeln, Schwächen und dunklen Stellen zum Trotz präsentiert sie sich ihrer Umwelt als ein Gemeinwesen, das sich durch einen menschlichen Zuschnitt auszeichnet. Indessen sehen sich die Eidgenossen angesichts veränderter welt- und europapolitischer Umstände im Innern wie von aussen mehr und mehr mit der Frage konfrontiert, ob sie auch weiterhin diese Neutralität und ihren Anspruch durchhalten können und sollen, in der Völkergemeinschaft ein Sonderfall zu sein. Wie heikel diese Frage ist, wird etwa aus der fatalen Ähnlichkeit der Argumente deutlich, mit denen den Schweizern 1940 durch deutschen Druck, aber auch von nicht unbedeutenden eigenen Landsleuten ihre Pflicht zu aktiver Mitwirkung bei der «Neuordnung» Europas unter grossdeutschen Vorzeichen klargemacht werden sollte und mit denen sie heute von der Notwendigkeit ihrer Beteiligung an der Integration unter der Ägide der EG überzeugt werden sollen. Mit der Wahl zwischen Mitmachen und Draussenbleiben werden die Schweizer vor die Frage gestellt, ob und wie sie vor sich selbst und vor der übrigen Welt ihr Gesicht wahren und sich von dem Odium befreien können, im Integrationsprozess bloss «Trittbrettfahrer» oder «Rosinenpicker» sein zu wollen. Wenn sie wirklich bereit sind, den politischen und wirtschaftlichen Preis zu zahlen, den das eine wie das andere kosten wird, dann sollte ihnen, wie sie eines Tages auch entscheiden mögen, die Umwelt Respekt und Verständnis dafür nicht versagen.

Der Journalist kann versuchen, mit seiner Tätigkeit dazu, zum Verstehen und zum Brückenschlagen nach beiden Seiten beizutragen. Nur wenigen in seinem Metier sind Sternstunden beschieden, in denen sie selbst am Rad der Geschichte mitdrehen und etwas bewegen können. Doch auch die anständige, beharrliche, saubere «Kärner-Arbeit» ist wohl der Mühe wert . . .

«Modelle eines Europa mit unterschiedlichen Graden der Integration werden in Bern aufmerksam studiert. Auch Schildkröten können sich bewegen — langsam und bedächtig.»

«Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 16. September 1989.